

ATTENZIONE

★
LINKE INFOBROSCHÜRE FÜR PIRNA UND UMGEBUNG



Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht!

- 100 Jahre Frauentag!
- In Interview: Zu den Schloßbergblinden
- Im Buch: „Empört Euch!“
- Im Gedenken: Vergessene Erinnerung
- Im Blick: Demonstrationen in Dresden

Was gibt es Neues zur Extremismusklausel?

Es wird dünn. Die Klausel wird von allen Seiten weiter kritisiert. Auch der FDP-Innenexperte Rupert sagte gegenüber der taz. „Aber man sollte aufpassen, dass man die Bundesprogramme mit einem solchen Bekenntnis nicht überbürokratisiert. Es muss für die Träger praktikabel gestaltet werden und darf nicht zu einer Kultur des Misstrauens führen.“ Auch einige Bundesländer wollen diese Form des Bekenntniszwang nicht mitmachen. So erklärte der Innenminister von Sachsen-Anhalt, Hövelmann, er lehne die Klausel ab und fordert diese wieder zurück zu nehmen. Als erstes Bundesland hatte Berlin der Klausel widersprochen - sie sei ein herber Rückschlag für Betroffene rechter Gewalt. Mittlerweile hat sich auch der Landtag von NRW auf Entschließungsantrag von SPD und Grüne gegen die „Extremismusklausel“ ausgesprochen. Ursprünglich in den Landtag eingebracht war der Antrag von der Fraktion DIE LINKE.

Neu aufgeflammt waren die Diskussionen um die Erklärung nach dem einem neuen Gutachten des Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages. Dieses wurde von Wolfgang Thierse (SPD) in Auftrag gegeben. „In einem Klima des Misstrauens und der gegenseitigen Gesinnungsüberprüfung dürfte sich das Erleben von demokratischer Teilhabe kaum organisieren lassen.“ heißt es dann eben auch im Fazit. Vorher hatten sich schon mit den Zentralräten der Juden und der Muslime zwei große Organisationen ablehnend zur Klausel geäußert. Mit der AWO äußerte sich auch der erste große Verband der freien Wohlfahrtspflege zur Diskussion. „Wir halten dieses Ansinnen für gesellschaftspolitisch inakzeptabel und fordern die Bundesregierung unverzüglich auf, eine solche Sondererklärung aus den Richtlinien für die Bundesförderung ersatzlos zu streichen“, so Bundesvorstand Döcker.

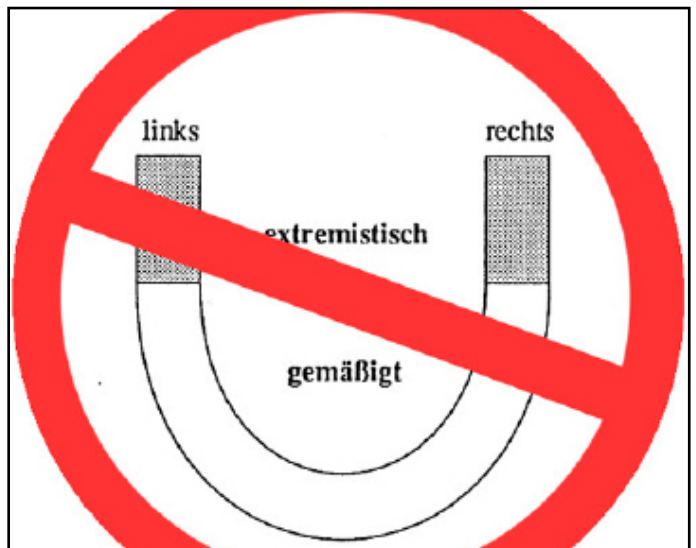
Anders als sein Amtskollege aus Sachsen-Anhalt sieht der sächsische Innenminister Markus Ulbig die Bespitzelungsklausel weiter positiv. Und erklärt: „Von „Gesinnungsprüfung“ und „Generalverdacht“ kann nicht einmal entfernt die Rede sein.“ Dass bereits das zweite Gutachten die Verfassungsmäßigkeit der Erklärung anzweifelt, scheint dabei nicht weiter zu interessieren.

Staat und Extremismus I

Seit September 2010 gibt es einen neuen Eklat. Unter dem Pseudonym „Klaus ADLER Altmann“ stand der NS-Verbrecher Klaus Barby seit Mai 1966 in Kontakt mit dem westdeutschen Geheimdienst. Die Akte ist gefüllt von Fehlern über seine Biografie. Sie enthält nicht, dass er einer der wichtigsten Gestapo-Männer in Frankreich war, wo er als „Schlächter von Lyon“ bekannt wurde. Herausgefunden hat dies Peter Hammerschmidt bei Recherchen. „Die Akten beweisen, dass der deutsche Steuerzahler Barby über den BND ein gutes halbes Jahr lang monatlich 500 Mark für seine Spitzeldienste zahlte, Leistungsprämien und ein Abschlussbonus von 1.000 Mark kamen noch dazu.“ schreibt die taz am 09.02.2011.

Staat und Extremismus II

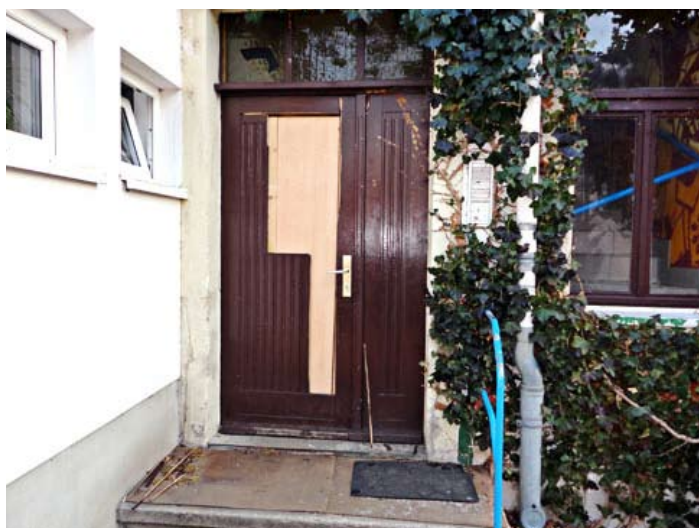
Verwunderung löste auch eine Anfrage der sächsischen Landtagsabgeordneten Kerstin Köditz aus. Diese trug zu Tage, dass Karl-Heinz Hoffmann vom Freistaat Sachsen Fördermittel erhielt. Und das nicht zu knapp: 130.000 Euro hat der ehemalige Führer der 1980 als verfassungsfeindlich verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann bekommen. Das Geld nutzte er im Rahmen der „Pflege und Erhaltung von Kulturdenkmälern“ - das Rittergut Sahlis. „Am 11. September organisierte er in Zschadras einen Vortrag vor rund 100 Neonazis. Umgekehrt waren örtliche Aktivisten des so genannten „Freien Netzes“ zu Arbeitseinsätzen auf dem Rittergut Sahlis tätig.“ heißt es in der Pressemitteilung von LINKE-Frau Köditz.



Demokratie auf Sächsisch I

Die Sächsische Regierung und ins Besondere das Innenministerium wird nicht müde von Demokratie zu reden. Dabei geht es aber offenbar um eine ganz spezielle Form - nämlich die sächsische. Die Stadt(verwaltung) Dresden ist hier seit Jahren die Vorreiterin. Im Bezug auf die Februar-Wochenenden zeigte sich dies wieder auf herausragende Weise. Bereits am 13.02. wurde der Mahngang „Täterspuren“ verboten, der sich mit den Verbrechen des Nationalsozialismus in Dresden beschäftigen sollte. Ebenso durfte am 19.02. eine angemeldete Kundgebung des DGB nicht vor dem Gewerkschaftshaus in der Altstadt nicht stattfinden. Die Nazis hingegen hätten marschieren dürfen. Dank tausender Demonstrant_innen konnte dies aber verhindert werden!

Demokratie auf Sächsisch II



Eine weitere Frechheit erdreisteten sich Polizeibeamte in zwei Fällen am 19. Februar selbst. Beamte des Landeskriminalamtes stürmten das Pressezentrum des „Nazifrei-Bündnis“. Dabei zerstörten sie Türen (Foto: DIE LINKE) und nahmen mehrere Personen fest. Rechtsanwälten wurde verwehrt mit den Festgenommenen zu sprechen. „Während die Polizei tagsüber nicht in der Lage war Wohnhäuser vor marodierenden Nazigruppen zu schützen, weil sie währenddessen antifaschistische BlockiererInnen mit Schlagstöcken und Pfefferspray attackierte, beteiligte sie sich am Abend weiter an der Verfolgung von NazigegnerInnen.“ erkläre das Bündnis. Der Angriff auf ein alternatives Wohnhaus wurde von

der Polizei gar nicht erwähnt. Dieses wurde fast 10 Minuten - im Beisein der Polizei - beschädigt. Hundert Nazis konnten ausgelassen randalieren, Festnahmen gab es keine.

Demokratie auf Sächsisch III

Der sächsische Landtag lässt beim 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag nur zwei von sechs geplanten Podiumsveranstaltungen in seinem Plenarsaal zu. Die FDP, die in den vergangenen Monaten mehrfach Kritik an der evangelischen Landeskirche äußerte, warf den Programmachern bei Themen und Referenten eine „linke“ Ausrichtung vor. „Dort, wo eine Landtagsmehrheit beginnt, Kirchentagsveranstaltungen nach politischem Wohlgefallen zu sortieren, enden politische Kultur und kirchliche Unabhängigkeit.“ erklärte die Landtagsfraktion der GRÜNEN. Die Oppositionsparteien nahmen aus Protest an der Abstimmung nicht teil.

Empört Euch! - Jetzt auch bei AKuBiZ

Immer wieder gibt es in den letzten Wochen Berichte über den französischen Resistance-Kämpfer Stephane Hessel. Nach der Festnahme beim Einzug der deutschen Truppen konnte er fliehen und schloss sich im Mai 1941 dem Widerstand an. Im Juli 1944 wurde er verhaftet gefoltert und nach Buchenwald deportiert. Der Sohn des Mannes, der ihn damals das Leben rettete übersetzte nun Hessels französische Schreitschrift. Heute ist der 93-Jährige Stephane Hessel vor allem im Einsatz für Menschenrechte aktiv. Dabei nutzt er sein neues Buch „Empört Euch!“. Auf nur 15 Seiten gibt es eine Abrechnung mit Kapitalismus, Kritik am Umgang mit Minderheiten und ein Plädoyer für Gewaltlosigkeit. Das Büchlein erschien 2010 und ist seit wenigen Wochen nun auch in deutsch zu erhalten, Kostenpunkt 4 Euro. Was bleibt ist die Frage, warum in Frankreich ein Buch der Hoffnung Bestseller ist und in Deutschland eben Thilo Sarrazins Hetzschrift. Stephane Hessel jedenfalls fordert jeden Einzelnen und schiebt die Verantwortung nicht ab: „Ich wünsche jedem Einzelnen von Ihnen einen Grund zur Empörung. Das ist sehr wertvoll. Wenn etwas Sie empört, wie mich die Nazis empört haben, werden Sie kämpferisch, stark und engagiert.“

Verurteilung in Tschechien

H.N./Praha: Vor dem Kreisgericht im mährischen Ostrava (Tschechien) mussten sich im letzten Monat acht Männer im Alter zwischen 20 bis 32 Jahren verantworten. Diese hatten im November 2008 in Havířov, nach einer Hetzjagd durch die Stadt, einen 15jährigen Roma verprügelt und lebensgefährlich verletzt. Ein Polizeiexperte konnte dem Gericht nachweisen, dass die Angeklagten regelmäßig an Naziaktionen teilnehmen. Die drei Haupttäter aus der Gruppe wurden zu Gefängnisstrafen zwischen drei und vier Jahren verurteilt, bei drei weiteren Tatbeteiligten wurde die Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Zweien der Angeklagten konnte eine Tatbeteiligung nicht nachgewiesen werden. Ursprünglich wurde gegen zwölf Tatbeteiligte ermittelt.

Pirnaer Stadtrat trauert um Altnazi

Zur Trauerfeier des im November 2010 verstorbenen Hajo Herrmann sprach neben Ursula Haverbeck (Holocaustleugnerin), Wolfram Schiedewitz (Vorstand Verein Gedächtnisstätte Borna) u.a. auch der Pirnaer Stadtrat Olaf Rose. Rose konzentrierte sich in seiner Rede auf das Leben des Hajo Herrmann und wurde von teilnehmenden Neonazis für seine „gewohnt fesselnde Art die Dinge zu beschreiben“, gelobt. Hajo Herrmann war „Ritterkreuzträger“ und Kampfflieger im Zweiten Weltkrieg. Er verteidigte später als Rechtsanwalt bekannte Alt- und Neonazis, darunter auch Holocaustleugner wie David Irving. Er trat auch als Redner und Referent auf verschiedensten neonazistischen Veranstaltungen auf und veröffentlichte Bücher zum Zweiten Weltkrieg. Die Trauerfeier wurde vom Verein Gedächtnisstätte e.V. aus Borna organisiert. Herrmann war Gründungsmitglied und beriet den Verein in rechtlichen Angelegenheiten.

Opferberatung legt Jahresstatistik vor

239 rechtsmotivierte und rassistische Angriffe im Jahr 2010 in Sachsen – Die Opferberatung für Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA Sachsen e.V. erhielt im Jahr

2010 von 239 Angriffen Kenntnis. 396 Menschen waren davon direkt betroffen. Die Beratungsstellen zählen ausschließlich Gewaltdelikte, keine Propaganda- oder Beleidigungsdelikte.

Im Vergleich zum Vorjahr (263 Angriffe im Jahr 2009) ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Die Opferberatung sieht dennoch keinerlei Anlass zur Entwarnung.

„Rechte Gewalttaten bleiben in Sachsen auf hohem Niveau. Besorgnis erregend ist vor allem die Dimension der Angriffe. So gab es im vergangenen Jahr 17 Brandanschläge in Sachsen – darunter auch auf Wohnhäuser. Dabei wurde bewusst der Tod von Menschen in Kauf genommen. Auch musste erneut ein Mensch sterben – der gerade einmal 19 Jahre alte Kamal K. in Leipzig. Es ist außerdem von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Ein Grund dafür ist unter anderem das schwindende Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden bei Betroffenen. Es fehlt oftmals die Zuversicht, dass die Täter gefunden werden. Auch die lange Dauer bis ein Fall vor Gericht tatsächlich abgeschlossen ist, halten Betroffene von Anzeigen ab. Auch wir erhalten dann nur selten Kenntnis von den Fällen“, erklärt Grit Armonies, Projektkoordinatorin der Opferberatungsstellen des RAA Sachsen e.V.

Körperverletzungsdelikte (136) sind die am häufigsten vorkommenden Straftaten, gefolgt von Nötigungen/Bedrohungen/versuchte Körperverletzungen (67).

Schwerpunkte der Angriffe bildeten im Jahr 2010 erneut die Großstädte Leipzig (44) und Dresden (35), gefolgt vom Landkreis Leipzig (31).

Sachsenweit sind nichtrechte und alternative Jugendliche am häufigsten von rechtsmotivierten Angriffen betroffen (102). Rassismus ist in knapp 25% der Fälle als Tatmotiv anzusehen (53). In 39 Fällen richteten sich die Angriffe gezielt gegen politisch Aktive, die sich beispielsweise gegen Neonazis oder Rassismus engagieren.

Quelle: www.raa-sachsen.de

Ein vergessener Revolutionsversuch?

90 Jahre ist es her, da begannen im März die Aufstände der Arbeiter_innen in Mitteldeutschland. Die angespannte soziale Lage 1921 sorgten für einen Zulauf der KPD. In einigen Gebieten konnte sie sich bei Wahlen als stärkste Kraft durchsetzen. Besonders in den Industriegebieten rund um Halle und Leipzig kam es bereits vorher immer wieder zu Zusammenstößen mit der Polizei. So hatte Sachsen einen problematischen Ruf bei der preußischen Regierung, die Einheiten schickte, um die Lage wieder in den Griff zu bekommen.

Gründe dafür waren auch, dass linke Gruppierungen erfolgreich während des Kapp-Putschs deutschnationaler Kräfte gekämpft hatten.

Die Führung der KPD rief deshalb zum Streik auf, der sich stetig ausweitete. Als einer der Hauptköpfe des Aufstandes kann Max Hoelz bezeichnet werden, der gegen den Willen der KPD bewaffneten Widerstand organisierte. Etwa 2.000 von ihnen verteidigten das Leuna-Werk gegen einen Angriff der Polizei. Artilleriebeschuss und die Erstürmung beendete die Besetzung der Werke. Für die dabei getöteten Arbeiter gibt es noch Heute ein Denkmal vor Ort. Nach immer heftigeren Auseinandersetzungen verhängte SPD-Reichspräsident Friedrich Ebert den Ausnahmezustand.

Obwohl sich der Kampf auf andere Städte ausweitete gerieten Regierungstruppen in die Oberhand und eine Woche nach Beginn des Aufstandes war er niedergeschlagen. Lediglich kleine Gruppen versuchten den Streik aufrecht zu erhalten. Unter ihnen die Gruppen um Max Hoelz. Zum 01. April endeten die Kämpfe offiziell und Max Hoelz wurde zu lebenslanger Haft verurteilt.

Im ganzen Reichsgebiet waren rund 200.000 Arbeitende beteiligt, 180 von ihnen wurden durch Regierungstruppen ermordet, tausende verhaftet (Foto). Für die Kommunistische Partei war der Aufstand ein Fehlschlag, verloren sie in dessen Folge an Unterstützung. Es gelang nicht die März-Aufstände zu einer breiten Unterstützung zu führen. Max Hoelz konnte nach einem Aufruf zahlreicher Prominenter (Thomas Mann, Albert Einstein, Lion Feuchtwanger, etc.) 1928 freikommen und emigrierte in die UdSSR, wo er 1933 starb.

Zu seinen Erlebnissen in Haft schrieb er: „Was ich im Zuchthaus erlebte, war nur ein Ausschnitt aus jener Wirklichkeit, die die kapitalistische Gesellschaft hinter den tönenden Worten: Justiz, Gerechtigkeit, humaner Strafvollzug, Fürsorge und sittliche Hebung verbirgt.“

Heute sind die Geschehnisse vom März 1921 fast vergessen. Auch in der Erinnerung linker Gruppen oder Parteien spielen sie kaum noch eine Rolle. (Lisa Koch)



Kampf für Frauenrechte

Am 08. März wird zum 100. Mal der Internationale Frauentag gefeiert. Zwar sind Grundpfeiler wie Wahlrecht und grundsätzliche Gleichberechtigung in Deutschland geregelt, dennoch gibt es keinen Grund, „den Kampf für Frauenrechte“ aufzugeben. Zum einen sind Frauen in Führungsebenen deutlich unterrepräsentiert, zum anderen haben sich geschlechtsspezifische Rollenverteilungen im Alltag kaum verändert. Aber der Frauentag ist ja international, deshalb sollte auch der Blick auf ihn über den Tellerrand hinaus gehen.

Geschichte

Die Idee zur Gründung stammt ursprünglich aus der USA. Mitglieder der Sozialistischen Partei Amerikas gründeten 1908 das Nationale Frauenkomitee, welches den Kampf für ein Frauenwahlrecht führen sollte. In den folgenden beiden Jahren waren die Protestaktionen volle Erfolge. Die Amerikanerin May Wood-Simons brachte die Idee dann mit zur Zweiten Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen. Dort war es dann vor allem die deutsche Sozialistin Clara Zetkin (Foto), die sich für den Vorschlag einsetzte - in erster Linie ebenfalls zur Einführung des Wahlrechts. Der erste Internationale Frauentag wurde dann am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich-Ungarn und der Schweiz gefeiert. In Deutschland profitierte davon vor allem die SPD, denn sie war die einzige Partei, die sich bereits vorher für ein Frauenwahlrecht aussprach. Innerhalb eines Jahres wurden 25.000 Frauen Mitglied der sozialdemokratischen Partei.

Während des Ersten Weltkrieges änderte sich dann der Fokus der Frauenrechtlerinnen. Nun stand vor allem der Kampf gegen Krieg im Vordergrund, auch deshalb weil im November 1918 das Wahlrecht für Frauen beschlossen wurde. Auf der Zweiten Internationalen Konferenz kommunistischer Frauen wurde 1921 von der bulgarischen Delegation der 8. März als fester Tag vorgeschlagen. Grund war, dass an diesem Tag - vier Jahre früher - russische Frauen in Sankt Petersburg streikten und damit die Februarre-

volution auslösten. Damit wurde die Herrschaft der Zaren gebrochen. Der deutlich sozialistische Hintergrund des Frauentags veranlasste die Nazis, ihn zu verbieten. Von 1933 bis 1945 war verboten, den Feiertag zu begehen. Die Geschichte des Tages könnte noch viele Seiten füllen...



Die Geschlechtlichkeit der Gesetze

Diskussionen, in deren Zusammenhang geschlechtliche Rollenbilder auf ihren konservativen oder emanzipatorischen Gehalt geprüft werden, finden regelmäßig auf dem sozial- und speziell dem familienpolitischen Terrain statt. Dabei geht es darum, ob von staatlicher Seite die geforderte individuelle Eigenverantwortung wirklich ermöglicht wird oder nur als Schlagwort für den Abbau des Sozialstaats missbraucht wird.

Ausgangspunkt sind die Warnungen vor dem demographischen Wandel. Ein Grund dafür ist, dass Frauen und Männer sich vor die Wahl gestellt sehen, entweder im Beruf erfolgreich sein zu können oder Zeit für Kinder aufbringen zu können. Diese Entscheidung betrifft nach wie vor fast ausschließlich Frauen. In einer Verdrehung der Tatsachen, Individualisierung und Frauenbewegung seien für den überdurchschnittlichen Geburtenrückgang in europäischen Gesellschaften verantwortlich, werden alte Familienstrukturen und konservative Familienbilder durch einen „Mentalitätswechsel“ neu belebt. Die Aufforde-

rung des Staates an die Bürger_innen, in familienpolitischen Belangen mehr Eigenverantwortung an den Tag zu legen, behauptet in letzter Konsequenz, dass die finanzielle Absicherung der Familie durch eine Alleinverdiener_in sicher planbar ist. Die Unterbrechung des beruflichen Werdegangs durch die Entscheidung für Kinder oder die Pflege von Familienangehörigen wird jedoch immer prekärer, da zunehmend in die eigene ökonomische Absicherung investiert werden muss.

Verschiedene europäische Modelle der Arbeitsmarktpolitik zeigen, dass auch die Erwerbstätigkeit zweier Erwachsener in einer Beziehung mit Kindern möglich ist. In Ländern mit einer sehr hohen Frauenerwerbsquote arbeitet eine große Gruppe der Frauen in Teilzeit-Arbeitsverhältnissen. Darin spiegelt sich der Wunsch von mehr als 60% der Frauen nach einem integrativen Lebenskonzept. Das heißt unter anderem, dass die Flexibilisierung von Arbeitsmodellen eine Änderung des gesellschaftliche Wertemaßstabs der vollwertigen Arbeit in der Vollzeitbeschäftigung in einer 40-Stunden-Woche erfordert.

Rechtliche Gleichbehandlung vs. praktische Ungleichheit

Rechtliche Regelungen, wie Frauenförderpläne, sollen zur Herausbildung von u.a. Arbeits-, Studien-, und Forschungsbedingungen beitragen, die den Frauen die gleichberechtigte Wahrnehmung ihrer Rechte, die Ausübung der Pflichten und berufliche Chancengleichheit ermöglichen und vorhandene Benachteiligungen abbauen. In der Praxis werden Frauen jedoch oft anders als Männer behandelt.

Diese Erfahrungen führen dann zu geschlechtsspezifischen Entscheidungen über Studien- und Berufsschwerpunkte.

Warum wählen viele Psychologiestudentinnen im Hauptstudium Arbeits- und Organisationspsychologie, obwohl sie sich mehr für Pädagogische Psychologie interessieren? - Fakultätsübergreifende Studien an der TU Dresden zeigen, dass die Wahl von Studienschwerpunkten geschlechtsspezifisch, und dabei vor allem aufgrund unterschied-

licher Vorstellungen der Lebensplanung, ausfällt. Welche geschlechtsspezifischen Entscheidungskriterien äussern StudentInnen, wenn sie den Schwerpunkt des Studiums (im Hauptstudium) und damit ihr zukünftiges Berufsfeld wählen müssen? Welche Faktoren der Arbeitsmarktsituation und welche individualbiographischen bzw. familienplanerischen Vorstellungen spielen dabei eine Rolle?

Zurück zum Beispiel in der Psychologie: Die Studentinnen geben als Grund ihrer Studienspezialisierung an, bessere Chancen auf eine Anstellung in der Verwaltung zu haben, damit verbeamtet zu werden und bei Kinderwunsch finanziell abgesichert zu sein. Das impliziert natürlich auch ein geschlechtsspezifisches Rollenverständnis, das zum einen überwiegend das heterosexuelle Kleinfamilienklischee erfüllt und zum anderen als Frau selbstverständlich und gegenüber den Männern unhinterfragt die Verantwortung für Familie bzw. Kinder in die eigene Planung mit einarbeitet.

Ein anderes Beispiel kommt aus der Fakultät Maschinenwesen: Frauen wählen im Hauptstudium den Schwerpunkt Textil- und Konfektionstechnik, da ihnen das spätere Arbeitsumfeld offener für geschlechtsspezifische Problemlösungen erscheint. So sehen Frauen Unterschiede darin, wie gesellschaftliche Erwartungen Karriere/Familie unter einen Hut zu bringen sind.



Notwendigkeit auch Heute

Heute ist der Tag in den Hintergrund gerückt - noch mehr seine Bedeutung. Die Bundestagsabgeordnete Monika Lazar (GRÜNE) berichtet, dass Frauen im Durchschnitt immer noch 23 Prozent weniger verdienen als Männer. Dennoch gibt es in Deutschland immer wieder Ideen, den Tag zu „streichen“. Im letzten Jahr sorgte vor allem Alice Schwarzer für eine Neuauflage der Diskussionen. „Schaffen wir ihn also endlich ab, diesen gönnerhaften 8. März! Und machen wir aus dem einen Frauentag im Jahr 365 Tage für Menschen, Frauen wie Männer.“ sagte sie gegenüber der Frankfurter Rundschau. Lässt sich sicher über die Gleichberechtigung der Frauen in Deutschland noch diskutieren, so darf der internationale Aspekt für Frauenrechte jedoch nicht vergessen werden. Sicher ist eine Kritik am Tag aus deutscher Sicht einfacher zu artikulieren, als beispielsweise im Iran. Solidarität sollte es aber gerade mit den Frauenbewegungen geben, die in ihren Ländern noch starken Repressionen ausgesetzt sind.

In den letzten Jahren wurde dies relativ schnell mit dem Hinweis auf „kulturelle Unterschiede“ abgetan, die eben akzeptiert werden müssten. In Ländern wie dem Iran oder Afghanistan fokussiert die Frauenbewegung jedoch nicht die wirtschaftlichen Nachteile von Frauen, sondern die gegen sie gerichtete Gewalt: Zwangsheirat, Verstümmelungen, Ehrenmorde oder andere Verbrechen sind immer noch in vielen Ländern akzeptiert. Von weiteren Formen der Diskriminierung ganz zu schweigen. In einigen asiatischen Ländern haben Frauen auch heute noch kein Recht zu wählen. Frauenrechte bleiben also nichts Selbstverständliches, sondern müssen erkämpft werden.

Fazit

Letzten Endes sollten wir uns aber Fragen, was es ohne den Kampf der Frauen alles nicht gegeben hätte. In vielen südlichen Ländern wurde der Wert der Frauenaktivitäten erst im Widerstand gegen die deutsche Besatzung im Zweiten Weltkrieg anerkannt. Auch das sollten wir

uns am 100. Gedenktag in Erinnerung rufen. Im Gedenken an den Widerstand gegen Faschismus und Nationalsozialismus wurden lange Zeit ausschließlich Männern erinnert. Das Engagement der Frauen wurde - bis auf Sophie Scholl - kaum anerkannt. Nutzen wir den Tag also auch im Gedenken an die zahlreichen Frauen, die im Kampf um Menschenrechte ermordet wurden und deren Schicksale in Vergessenheit gerieten.



Neues Buch pünktlich zum Frauentag

„Dieser Begleitband zur Ausstellung anlässlich 100 Jahre Frauentag in Österreich stellt einen umfassenden Überblick über dessen Geschichte und Wirkung in all seinen Facetten dar.“ „Frauentag!“ ist, erstens, ein profunder Überblick über die hundertjährige Geschichte des Gedenk- und Kampftages in Österreich. Die Autorinnen zeichnen seine Entwicklung nach, stellen politische Akteur_innen dar und rekonstruieren die Bedeutungen, die diese ihrem Tun gaben.“ heißt es in der Ankündigung zum Buch, welches im März 2011 erscheint.

„Frauentag!: Erfindung und Karriere einer Tradition“ von Niederkofler, Zechner, Mesner!

Was bleibt vom 19.02.2011?

„Sie kommen nicht“ durch war einer der Slogans des Bündnisses „Dresden Nazifrei“. Dieser entstammt der Parole der republikanischen Seite im spanischen Bürgerkrieg – die damit sagen wollten – die Faschisten um General Franco werden Madrid und Spanien nicht einnehmen. Mit der selben Parole „¡No Pasaran!“ gelang es in Dresden dafür zu sorgen, dass die Nazis keine ihrer angemeldeten Demonstrationen durchführen konnten (Foto: flickr.com/photos/realname).



Und das im zweiten Jahr. Über 20.000 Menschen waren diesmal nach Dresden gekommen, um die Nazis effektiv zu blockieren und damit den mut-

maßlich größten europäischen Naziaufmarsch Geschichte werden zu lassen. Ein Riesenerfolg für die Menschen, die dem Aufruf des Bündnisses „Dresden Nazifrei“ gefolgt waren. Das Ziel, den Aufmarsch am 19.02. zu verhindern, ist geglückt und hatte seinen Ursprung in einer sehr gut vernetzten Bündnisarbeit.

Viele Parteien, Gewerkschaften, Antifagruppen, Initiativen, Kirchen, Vereine und Einzelpersonen waren an diesem Tag entschlossen genug, um sowohl die Altstadtseite zu erreichen, als auch alle möglichen Routen zu besetzen. Der Erfolg des Bündnisses hat aber auch seine Schattenseite.

¡Pasaremos!

Das Pendant zu „¡No Pasaran!“ ist „¡Pasaremos!“ - „wir kommen durch!“. Das zumindest konnten tausende Menschen sagen. Nach dem Willen des Oberverwaltungsgerichtes sollten nur die Nazis auf der Altstadtseite sein und die Protestierenden auf der Neustädter Seite - dazwischen die Elbe als „natürliche Barriere“. Dieses Konzept war schon am frühen Morgen grandios gescheitert. Zwar wurde es einigen, von der Polizei als „links“ eingestuft, verweigert die Elbe zu passieren, zu dem Zeitpunkt waren aber schon tausende Menschen im Dresdner Unigelände und über die Autobahnzufahrten ins Stadtzentrum gelangt.

Gericht vs. Protest

Das Gericht, welches für das Jahr 2010 entschied, dass die Blockaden unrechtmäßig gewesen seien, ordnete an, dass die Demonstration der Nazis durch die Polizei zu gewährleisten sei. Die Nazidemonstration ist legitim, so wurde geurteilt und dementsprechend müssten alle Gegner_innen, egal wieviele es sind, aus dem Weg geräumt werden. Gerade hiermit besteht aber eine gesellschaftliche Chance, den Nazis zu zeigen, dass ihre Ideologie keinesfalls geduldet wird. Dies ist auch gegenüber der Naziszene um ein mehrfaches wirkungsvoller, als ein Verbot durch ein Gericht.

Der Staat zeigt seine Zähne

Der 19.02. war für die Behörden ein groß angelegter Test verschiedener Mittel und Methoden. So ist es nicht verwunderlich, dass eine Vielzahl neuer Technologien im Kampf gegen Demonstrierende ausprobiert wurden. Ob Pepperballgewehre (Gewehre mit Pfeffergasbällen), Taser (Distanz-Elektroimpulswaffe), Teleskopschlagstöcke (aus Metall), Großraum-Telefonüberwachung, Drohnen (Miniflieger mit Kameraüberwachungssystem) – all das wurde gegen Menschen in Dresden angewandt und dies unter ausdrücklicher Zustimmung durch den sächsischen Innenminister Markus Ulbig. Die Polizei wurde durch die Gerichtsentscheidungen zusätzlich unter Druck gesetzt, was in einer solchen Situation durchaus als „Öl ins Feuer gießen“ angesehen werden kann. Dementsprechend aufgeladen war vielfach die Stimmung. Schlagstöcke kamen besonders schnell zum Einsatz, ähnlich war es mit Reizgas und Wasserwerfern – bei Minusgraden wohlgermerkt. Die Vielzahl an Straftaten durch Polizeibeamte sind in den sozialen Netzwerken leicht zu finden. Zu Verurteilungen wird es allerdings nicht kommen, denn nach wie vor sind die Einsatzkräfte nicht identifizierbar. Eine Kennzeichnungspflicht, wie sie seit langem auch von „Amnesty International“ eingefordert wird, ist nach wie vor wichtig und bei dem Ausmaß von Übergriffen, wie in Dresden unbedingt geboten. Nach Angaben des Allgemeinen Sanitätsdienstes (ASDS) wurden in Dresden über 150 Menschen verletzt. Die Verletzungen reichen von Knochenbrüchen über Schädel-Hirn-Traumata bis hin zu ausgeschlagenen Zähnen und Hundebissen. Weitere 200 mussten sich nach dem Einsatz von Pfefferspray behandeln lassen. In der nächsten attenzione werden wir das Thema „Polizeigewalt“ zum Schwerpunkt machen.

Kriminalisierung des „nazifrei“-Bündnisses

Am Abend des 19.02. wurden zudem die Räumlichkeiten der LINKEN, des Bildungsvereins Roter Baum, eine Anwaltskanzlei und weitere Wohnungen und Büros von der Polizei gestürmt. Ein Einsatzkommando des LKA (Landeskriminalamt) brach alle Türen auf oder trat sie ein und nahm die Kettensäge zur Hand – auch bei den unverschlossenen Türen! Die in den Räumlichkeiten befindlichen Menschen wurden

ohne Tatvorwurf festgenommen. Ihnen wurde außerdem eine anwältliche Unterstützung verweigert. Auch einen Durchsuchungsbefehl für diese Räume gab es nicht, in der Eile unterlief den Beamten ein Fehler. Der Durchsuchungsbefehl war auf ein anderes Objekt ausgestellt. Die Debatte dazu, im Sächsischen Landtag, steht noch an.

¡No Pasaran!

„Sie kommen nicht durch“ war der Slogan und sie kamen nicht durch. Am 19.02. selbst waren schon weitaus weniger Nazis gekommen, als die Jahre zuvor. Höchstens 3000 von ihnen suchten diesmal den Weg nach Dresden - die NPD selbst spricht allerdings von über 6000. Das zugesprochene Recht war für die Nazis nicht durchsetzbar – wie es auch gedreht und gewendet wird. In ähnlichen Situationen wird normalerweise von den Nazis eingefordert, dass die Polizei sich zurückziehen möge – es werde sich schon selbst gekümmert. Eine solch großspurige Ansage blieb, angesichts der überwältigenden Kräfteverhältnisse aus. Es wird sich selbst eingestanden, dass sowohl die Staatsmacht, als auch die Szene selbst nicht in der Lage sein wird, eine Demonstration unter diesen Bedingungen durchzusetzen. Wir dürfen dabei aber nicht vergessen, dass es neben Dresden auch Chemnitz und andere Orte gibt und dass die Naziszene mit dem Rücken zur Wand nicht ungefährlicher wird. Dies zeigten auch rund 150 Nazis in Dresden, als sie ungehindert das alternative Wohnprojekt „Praxis“ angriffen und dabei das Gebäude stark beschädigten. Auch Fahrzeuge und weitere Häuser wurden laut Opferberatung RAA demoliert.



Vergessene Erinnerung in Dresden

„Vergessene Erinnerung“ - unter diesem Motto gedachten am 16.02.2011 Vertreter_innen unseres Vereins gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde zu Dresden, dem Hatikva e.V., der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit, dem Kulturbüro Sachsen e.V., der RAA-Opferberatung sowie Stadt- und Landespolitiker_innen der GRÜNEN, der SPD und der LINKEN der Ermordung von Dresdner Jüdinnen und Juden. Über 100 Menschen fanden sich am Schlesischen Platz vor dem Neustädter Bahnhof, dem Ort, der Ausgangspunkt und Zwischenstation für die Deportationen nach Auschwitz-Birkenau und in andere Konzentrationslager der Nationalsozialisten war, ein.

Am 16. Februar 1945 sollte der letzte Deportationstag für die noch in Dresden verbliebenen Jüdinnen und Juden sein. Auf Grund der Bombenangriffe am 13. und 14. Februar konnte diese Deportation nicht mehr stattfinden. Seit zehn Jahren erinnert ein Mahnmal am Eingang des Bahnhofs an die deportierten Dresdner Jüdinnen und Juden.



Hildegard Stellmacher nahm die Gestaltung der Gedenktafel und des Ortes zum Ausgangspunkt ihrer bewegenden, nachdenklichen und zugleich mahnenden Worte. Anschließend wurde aus Aufzeichnungen Viktor Klemperers, die aus den Februartagen des Jahres 1945 stammen, gelesen. In Dresden mahnen erst fünf Stolpersteine der ermordeten jüdischen Bewohner_innen. Insbesondere der Neustädter Bahnhof als Ausgangspunkt der Deportation in Vernichtungslager, der Wettiner Platz als Ort der Bücherverbrennung und das „Judenlager Hellerberg“ sollten stärker

in der Dresdner Erinnerungskultur verankert werden.

Entnazifizierung in Pirna

Teil 1: Verhaftung aktiver Nazis

Die Verhaftung der führenden Mitglieder der Nazi-Partei und der Nazi-Behörden nahmen sowjetische Militärorgane bereits im Mai und Juni 1945 auf Grund entsprechender Übereinkünfte der Alliierten vor. Wenn es auch dazu direkte Nachweise für Pirna nicht oder noch nicht gibt, so ist aus anderen Unterlagen ein Personenkreis von 50 bis 80 Leuten auszumachen, die bereits zu den ersten Verhafteten und Internierten gehörten. Das betraf z. B. den NSDAP-Kreisleiter Elsner, seinen Stellvertreter Fichtner, den Bürgermeister Kühn, die Ortsgruppenleiter der NSDAP Arthur L., Herbert H. und Fritz H., den Polizeikommissar Hänsel, die SS- oder SA-Führer Dr. Erich H., Willibald K., Fritz H., Erich B. Eine Reihe belasteter Funktionsträger, hatte sich rechtzeitig abgesetzt oder hatte, teils mit der ganzen Familie, kurz vor dem Einmarsch sowjetischer Truppen Selbstmord begangen.

Die Verhafteten unterlagen dem von den Alliierten vereinbarten „automatischen Arrest“, der gegen führende Nazis sofort nach Besetzung eines Territoriums verhängt worden ist, oder aber sie wurden durch Organe der sowjetischen Militärjustiz abgeurteilt und einem Internierungslager in der sowjetischen Zone oder in der UdSSR zugewiesen. Der Verfasser lernte zwei der Pirnaer Internierten später kennen, die zur Lagerhaft in die Sowjetunion kamen und dort sehr gut russisch zu sprechen gelernt hatten. Der weiter oben erwähnte Erich B. erbot sich, in der Klasse seiner Tochter in der Rainer-Fetscher-Oberschule Nachhilfe in der russischen Sprache zu erteilen.

Einige der Pirnaer Internierten verstarben in den Internierungslagern, so z. B. der ehemalige Bürgermeister Kühn und NS-Ortsgruppenleiter Arthur L.

(Hugo Jensch - www.geschichte-pirna.de)

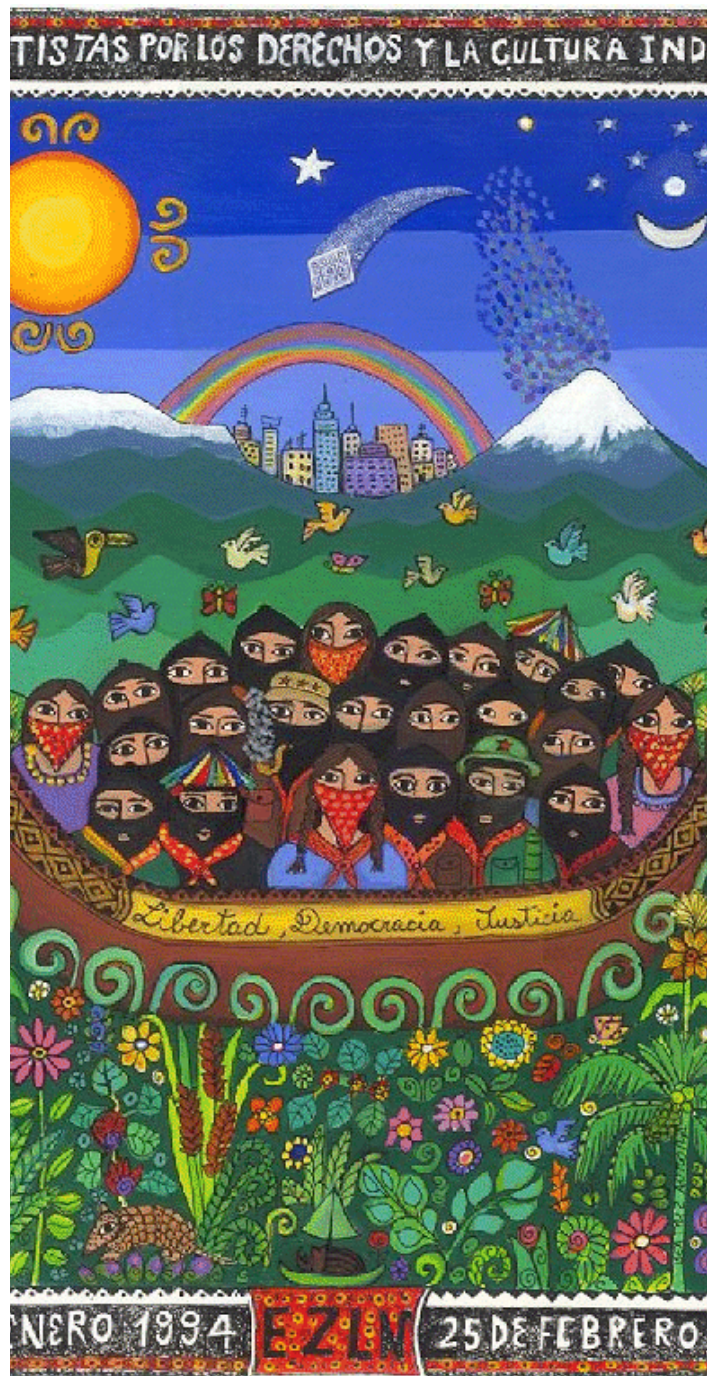
Aktuelle Neuigkeiten und Veranstaltungen im März:

Ausstellung und Vortrag zu Mexiko

Nachdem die Ausstellung „Aktenzeichen unerwünscht“ im Januar und Februar in Pirna gezeigt wurde, ist ab März eine neue Ausstellung zu besichtigen. „Land und Freiheit“ beschäftigt sich mit dem Aufstand der Zapatistas in Chiapas/ Mexiko. Am 1. Januar 1994 besetzten tausende Indigene unter der Losung „Ya Basta!“ (Es reicht!) sieben Städte im süd-mexikanischen Bundesstaat Chiapas. Zwei Wochen lang kämpften die Zapatistas - die sich nach dem Revolutionär Emiliano Zapata benannten - bewaffnet gegen die Regierung, die für sie nur Missachtung oder Gewalt übrig hatte.

Ein Team von Zwischenzeit e.V. aus Münster nahm an verschiedenen Versammlung in Mexiko teil und haben diverse Materialien herausgegeben. Die bewegten und bewegenden Bilder, Fotos, Audios und Texte vermitteln einen direkten und lebendigen Eindruck. Am 22.04.2011 wird einer der Kolleg_innen nach Pirna kommen, um ab 18.00 Uhr über die „Revolution“ zu berichten. Die Veranstaltung richtet sich speziell an Menschen, die sich noch nicht ausführlich mit dem Thema beschäftigt haben und soll einen ersten Eindruck vermitteln. Die Gelder, mit denen Filme und Veranstaltungen bezahlt werden, gehen an zapatistische Frauenprojekte und richten sich somit auch an unser Hauptthema dieser Ausgabe.

Die Ausstellung wird von Anfang März bis Ende April im Büro auf der Gartenstrasse 37 zu sehen sein. Der Eintritt ist selbstverständlich kostenfrei!



Impressum:

Die „attenzione“ versteht sich als alternatives Informationsheft des Vereins AKuBiZ e.V.
V.i.S.d.P.: AKuBiZ e.V.
Postfach 100204; 01782 Pirna
Internet: www.attenzione-pirna.de
E-Mail: akubiz@gmx.de
Erscheinungsweise: bis auf weiteres einmal jeden Monat.

Pirna LINKS:

<http://asylsuchende.blogspot.de>
www.akubiz.de
<http://pirratten.pi.funpic.de>
<http://elbsandstein.blogspot.de>
www.vvnbdasachsen.de
www.raa-sachsen.de
www.kulturbuero-sachsen.de
www.attenzione-pirna.de
www.gedenkplaetze.info
<http://ablehnung.blogspot.de>

Hinweis: Wir benutzen den Unterstrich (z.B. Antifaschist_innen), um geschlechterneutral zu schreiben. Der Unterstrich markiert eine sprachliche Lücke und soll konservatives Geschlechterdenken aufbrechen.